

Tagesordnungspunkt 11

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Südost am 12. Mai 2011

Fluglärm über Wiesbaden

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE:

1. Zum 10. März d.J. ist das Verfahren des nördlichen Gegenanflugs zum Rhein-Main-Flughafen von der Deutschen Flugsicherung (DFS) einseitig und ohne Vorankündigung zum massiven Nachteil Wiesbadens geändert worden. Die südliche Innenstadt Wiesbadens, darunter der Stadtbezirk Südost, wird nach der erfolgten Verschiebung der Flugroute direkt überflogen. Zudem erfolgen die Überflüge in geringerer Höhe. Daraus resultiert eine erhebliche Zunahme der Fluglärmbelastung bei Ostwind (Schönwetterlagen).
2. In den Planfeststellungsunterlagen sind für den nördlichen Gegenanflug 'lärmoptimierte Anflugverfahren' angekündigt worden. Diese Ankündigung muss umgesetzt werden und darf nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden.
(Information am Rande: Bei der Abschätzung der zukünftigen Fluglärmbelastungen ist diese Betriebssituation in den Planfeststellungsunterlagen – von der Stadt zurecht beanstandet - als unerheblich ausgeklammert worden.)
3. Der Ortsbeirat Südost führt, möglichst in Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten der übrigen betroffenen Stadtteile, zeitnah ein öffentliches Hearing durch. Damit wird zum einen das Ziel verfolgt, das Zustandekommen der Flugroutenänderung, bei der in einer Nacht- und Nebel-Aktion vollendete Tatsachen geschaffen wurde, aufzuklären. Zum anderen sollen Alternativen zur jetzigen Anflugregelung erörtert werden, die die Fluglärmbelastung Wiesbadens auf ein akzeptables Maß zurückführen. Eingeladen werden Vertreter der DFS, von Fraport sowie des Magistrats.
4. Der Magistrat wird aufgefordert, alle Verfahrenswege zur Revision der bestehenden Anflugregelung auszuschöpfen, und wird in diesem Bemühen vom Ortsbeirat unterstützt.
5. Sollte die Reduzierung der Fluglärmbelastung für Wiesbaden unter dem gegenwärtig praktizierten Transition-Anflugverfahren – insbesondere durch nochmalige Verlegung der Anflugroute, größere Überflughöhen über dem Stadtgebiet oder der Verteilung der Anflüge über einen wesentlich breiteren Korridor- nicht darstellbar sein, muss die Anflugsystem grundlegend verändert werden. Der Wechsel zum international gebräuchlichen Holding-Verfahren, bei dem in großer Höhe Warteschleifen geflogen und

die Flugzeuge einzeln auf kurzem Weg zur Landung geführt werden, bietet sich an. Dieses Verfahren würde auch für andere bisher hoch belastete Gegenden im Rhein-Main-Gebiet zu spürbaren Entlastungen führen.

Beschluss Nr. 0023

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat V z.w.V.

Knüttel
Ortsvorsteher